

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail an: wechsel-vo@e-control.at

Kontakt
MMag. Dominik Lindner

DW
213

Unser Zeichen
DL/Ha - 08/2014

Ihr Zeichen
-

Datum
12.05.2014

Stellungnahme zur Wechselverordnung 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Begutachtungsentwurf der Wechselverordnung 2014 wie folgt Stellung nehmen zu dürfen sowie für die im Rahmen der Begutachtung stattgefundenen konstruktiven Gespräche. Die Stellungnahme bezieht sich auf den Begutachtungsentwurf vom 15. April 2014, auch wenn in den zwischenzeitlich stattgefundenen Gesprächen einige der angeführten Änderungsvorschläge bereits kommuniziert wurden und bereits ein gemeinsames Verständnis geschaffen werden konnte.

Aus Sicht der Branche erscheint es nicht zielführend, in ein System einzugreifen, das sich erst langsam nach einem halben Jahr eingespielt hat. Vielmehr sollte die Wechselverordnung 2014 als gemeinsame Chance genutzt werden, um die Rahmenbedingungen dahingehend anzupassen, ein funktionierendes System für den Wechselprozess im Sinne aller Beteiligten (Branche, ECA, Kunden) zu erreichen. Die Diskussionen über die Notwendigkeit von Fristverkürzungen (sofern diese ohne Gefahr für die Systemstabilität bleiben) sollten erst mittelfristig fortgesetzt werden.

Aus unserer Sicht sollte sich die Wechselverordnung 2014 daher auf die Optimierung der Prozesse und Anpassung von gesetzlichen Änderungen beschränken. Darüber hinausgehende Prozessänderungen des Systems erscheinen kontraproduktiv, beeinflussen das derzeit funktionierende System und verursachen erneut Umstellungskosten bei den Unternehmen. Durch die geplanten Prozessänderungen und dadurch erforderliche IT-Anpassungen ist mit massiven finanziellen Auswirkungen von mehreren Millionen Euro zu rechnen.

Auch die neu angeführten Datenfelder in Punkt 2.2.3, 3.2 und 3.3 des Anhangs würden bei allen Marktteilnehmern massiven Änderungsbedarf bewirken. Dieser Aufwand betrifft sowohl

die Anpassung jeder Übermittlung über die Wechselplattform als auch die Adaptierung der Stammdaten in jedem Marktteilnehmersystem. Durch den zum Teil komplexen Aufbau des Datenmodells erscheinen derart kurzfristige Änderungen in einem solch hohen Ausmaß als unrealistisch und es ist zumindest der Datenbestand laut derzeit geltender Wechselverordnung wieder aufzunehmen.

Für das Inkrafttreten der Verordnung (§ 7) sind jedenfalls ausreichende Übergangsfristen vorzusehen und die Realisierbarkeit bei den IT-Anbietern und die Fertigstellung der technischen Spezifikation ist zu berücksichtigen.

Zu den einzelnen Bestimmungen der Verordnung nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 4 Abs. 2:

In den Erläuterungen zu § 4 Abs. 1 sollte klargestellt werden, dass nur Kunden ohne Lastprofilzähler gemeint sind.

Änderungsvorschlag:

*„Sämtliche Willenserklärungen des Endverbrauchers **ohne Lastprofilzähler** (etwa Kündigung und Bevollmächtigung) gegenüber Lieferanten und Netzbetreibern müssen formfrei möglich sein.“*

Zu Punkt 1.3 des Anhangs und der Erläuterungen „Stornierung“

Die Kündigung des Altvertrags ist irreversibel. Die anschließende Belieferung des Kunden erfolgt ohne aufrechten Liefervertrag. Der Kunde muss rasch ein ordentliches Vertragsverhältnis herstellen bzw. kann ansonsten ein VZ-Prozess eingeleitet werden. Eine Stornierung bis zum letzten Moment ist daher nicht zweckmäßig. In den Erläuterungen ist klarzustellen, dass beim WIES eine Stornierung bis spätestens zwei Arbeitstage (statt einem Arbeitstag) möglich ist. Außerdem werden Stornierung und Rückabwicklung in den Erläuterungen vermischt.

~~Die Möglichkeit einer Stornierung des eigentlichen Wechsels bis spätestens einen Arbeitstag vor dem Wechseltermin besteht auch dann noch, wenn der Wechsel im eigentlichen Sinn bereits abgeschlossen ist.~~ **Die Möglichkeit einer Stornierung des eigentlichen Wechsels ist bis spätestens zwei Arbeitstage vor dem Wechseltermin möglich.**

Zu Punkt 2.1.1 des Anhangs „Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation beim Netzbetreiber“

Änderungsvorschlag:

„Variante 2:

*Bei Überprüfung der Mindestdaten müssen jedenfalls der Nachname bzw. der Firmenname, die Straßenbezeichnung, Hausnummer sowie die Postleitzahl oder der Ort mit den beim Netzbetreiber vorliegenden Daten übereinstimmen. **Ist die Prüfung aufgrund der Hausnummer nicht eindeutig, wird inkl. Stiege/Stock/Tür gesucht, sofern diese Daten vom Lieferanten übermittelt wurden.** Liefert eine automatisierte Suche in dieser Variante kein eindeutiges Ergebnis, so ist eine nicht automatisierte Bearbeitung innerhalb der festgelegten Höchstfrist zulässig.“*

Zu Punkt 2.2.1 des Anhangs „Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn“:

Die Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn soll nach Ansicht der ECA durch den Lieferanten frühestens 12 Arbeitstage und spätestens 7 Arbeitstage vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber erfolgen.

In der Praxis ist dies nicht möglich, da die Frist für die Kündigung die Einspruchsfrist überschreitet und damit kein Einspruch mehr gegen eine allfällige Kündigung zeitlich möglich ist.

Weiters haben die Fristverkürzungen Auswirkungen auf die Fristigkeit des VZ-Prozesses (vormals Meldung über vertragslosen Zustand, nun Beendigung des Energieliefervertrages aus anderen Gründen), da der Lieferant den Netzbetreiber darüber bis 14 Tage vor Vertragsende zu informieren hat.

Zudem würde die Änderung der Prozessfristen wiederum Änderungen der Geschäftsprozesse (IT und interne Abläufe) bei Netzbetreibern und Lieferanten und damit erneute Kostenbelastungen bedeuten.

Ziel des Branchenvorschlags war die Einführung eines flexiblen „Zustellzeitraums“ von 3 – 5 Tagen ohne Einfluss auf sonstige Fristenläufe. Mit dem Vorschlag soll gewährleistet werden, dass im Interesse der Endkunden mit einem fixen Belieferungswunsch nicht nur an genau einem bestimmten Tag alle Wechsel für einen Wechselstichtag übermittelt werden müssen. Keinesfalls war gemeint, dass die Fristen entsprechend verlängert werden.

Der unten angeführte Änderungsvorschlag sieht 10 AT für den Wechsel im eigentlichen Sinn vor mit einem flexiblen Zeitfenster von 2 AT. Damit kommt es zu keiner Fristverlängerung, sondern lediglich zu einer Flexibilisierung des Starts des Wechsels im eigentlichen Sinn in Hinblick auf eine effiziente Abwicklung bei lastintensiven Stichtagen. Durch den flexiblen Start kann der Wechsel im eigentlichen Sinn zwischen 12 und 10 AT vor dem Wechselstichtag gestartet werden. Die Fristen beginnen unabhängig davon direkt mit dem Start des Wechsels zu laufen. Diese Variante entspricht auch dem aktuell in Verwendung befindlichen Wechselkalender, der drei verschiedene Stichtage für den Start des Wechsels ermöglicht.

Im Detail kann der Ablauf in der vorgeschlagenen Variante wie folgt dargestellt werden: Nach Start des Wechsels im eigentlichen Sinn hat der Netzbetreiber 72 Stunden Zeit für die Prüfung und der Lieferant Alt 48 Stunden Zeit für die Erhebung eines Einwandes. Anschließend hat der Lieferant Neu eine Frist von 72 Stunden für eine allfällige Beharrung. Weitere 24 Stunden Fristfenster entfallen auf die Wechselbestätigung. Der Abschluss des Wechsels erfolgt 24 Stunden vor dem Wechselstichtag. Maximal 48 Stunden vor dem Abschluss des Wechsels im eigentlichen Sinn ist ein Storno möglich.

§ 76 Abs. 2 EIWOG und § 123 Abs. 2 GWG sind hinsichtlich der Wortfolge „höchstens drei Wochen, gerechnet ab Kenntnisnahme des Versorgerwechsels durch den Netzbetreiber“ auch in der Novelle 2013 unverändert geblieben. Es besteht daher aufgrund des klaren und damit maßgeblichen Gesetzeswortlautes - unabhängig von den divergierenden Gesetzesmaterialien - keine gesetzliche Grundlage für ein Vorziehen der dreiwöchigen Wechselfrist auf den Zeitpunkt der Endverbraucheridentifikation, zumal zu diesem früheren Zeitpunkt gerade kein „Versorgerwechsel“ vom Netzbetreiber „zur Kenntnis genommen“ wird, sondern nur eine Identifikation des Kunden durch den Netzbetreiber erfolgt. Die Identifikation des Kunden ist ein dem Wechsel optional vorgelagerter Prozess. Daher ist Punkt 2.2.1, Absatz 1 und 2, wie folgt zu ändern:

*„Der neue Lieferant hat ~~kann~~ den vom Netzbetreiber durchzuführenden Wechsel im eigentlichen Sinn frühestens 12 Arbeitstage und spätestens **7 10** Arbeitstage vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber einzuleiten.*

~~Wird der Endverbraucher erfolgreich identifiziert und sind etwaige Bindungs- und Kündigungsfristenabfragen abgeschlossen, hat der Lieferant den Wechsel im eigentlichen Sinn unverzüglich einzuleiten. Eine spätere Einleitung des Wechsels im eigentlichen Sinn ist bei ausdrücklichem Kundenwunsch, einschließlich bestehender zivilrechtlicher Vereinbarungen, zulässig...~~

Weiters ist die Tabelle auf Seite 6 der Erläuterungen wie folgt zu ändern:

Ver-fahren	Verfahrensteil	Verfahrensschritt	Bearbeitung durch	Höchstfrist
Liefere-ran-ten-wech-sel	Vorgelagerter Datenabgleich	ZP- & Endverbraucher – identifikation	Netzbetreiber	24h
		Bindungs- und Kündigungs-fristenabfrage	Lieferant aktuell	24h
	Wechsel im ei-gentlichen Sinn	Prüfung durch den Netzbetreiber	Netzbetreiber	72h 96h
		Übermittlung der Wechsel-information	Netzbetreiber	
		Erhebung eines Einwandes aus zivilrechtlichen Gründen	Lieferant aktuell	48h
		Prüfung auf Beharrung des	Lieferant neu	72h 24h

		Wechseltermins		
		Abschluss des eigentlichen Wechsels	Netzbetreiber	24h
An- mel- dung	Anlage ist in Betrieb	Automatisierte Identifikation der Endverbraucheranlage	Netzbetreiber	24h
		Manuelle Identifikation der Endverbraucheranlage	Netzbetreiber	72h
		Durchführung der Neuanmeldung	Netzbetreiber	96h
	Anlage außer Betrieb	Automatisierte Identifikation der Endverbraucheranlage	Netzbetreiber	24h
		Manuelle Identifikation der Endverbraucheranlage	Netzbetreiber	72h
		Durchführung der Neuanmeldung	Netzbetreiber	96h
		Inbetriebnahme der Anlage	Netzbetreiber	Strom: 2AT bzw. 3AT bzw. 8AT Gas: § 5 Abs 4 und 5 GasnetzdienstleistungsqualitätsVO
Ab- mel- dung		Beendigung aus anderen Gründen Beendigung durch Auszug	Netzbetreiber	120h
		Beendigung aus anderen Gründen	Netzbetreiber	120h

Die hier angegebenen Fristen sind an den weiteren relevanten Passagen der Verordnung bzw. des Anhangs und der Erläuterungen gleichzuziehen.

Zu Punkt 2.2.2 des Anhangs „Prüfung durch den Netzbetreiber“

Da es sich bereits um einen Ausnahmefall handelt, wenn eine automatisierte Prüfung kein eindeutiges Ergebnis liefert, wird folgende Anpassung vorgeschlagen:

„Der Netzbetreiber hat zunächst zu prüfen, ob die durch den neuen Lieferanten angegebene Zählpunktbezeichnung sowie der Nachname bzw. Firmenname mit den bei ihm vorliegenden Daten übereinstimmen. Liefert eine automatisierte Prüfung kein eindeutiges Ergebnis, so ist eine nicht automatisierte Bearbeitung innerhalb der festgelegten Höchstfrist ~~im Ausnahmefall~~ zulässig.“

Zu Punkt 2.2.3 „Übermittlung der Wechselinformation“

Bei den zu übermittelnden Daten sollte im Strom- und im Gasbereich das „Jahr der nächsten Abrechnung“ wie in der Wechselverordnung 2012 beibehalten werden.

Im Gasbereich wird nunmehr bei der Übermittlung von Verbrauchswerten gemeinsam mit der Wechsellinformation zwischen LPZ- Kunden (gemessenes Lastprofil der letzten 24 Monate) und SLP-Kunden (Vorjahresverbrauchswert der letzten vollständigen Abrechnungsperiode) unterschieden.

Allerdings sollte zur Klarstellung und Gleichklang mit dem Strombereich bei Kunden ohne SLP auch im Gasbereich auf das gemessene Lastprofil anstelle des „Vorjahresverbrauchswertes“ abgestellt werden:

*„Bei Endverbrauchern mit intelligenten Messgeräten oder Lastprofilzählern ~~Verbrauchswerte~~
das gemessene Lastprofil der letzten 24 vollen Kalendermonate vor dem Wechseltermin“*

Weiters sollten die Daten „Beginn und Ende der letzten Abrechnungsperiode vor dem Lieferantenwechsel“ gestrichen werden, da ohnehin auf Grund der qualifizierten Hochrechnung des Netzbetreibers ein Jahresprognosewert vorliegen muss (siehe Erläuterungen). Dieses neu angeführte Datenfeld würde zudem bei allen Marktteilnehmern einen erheblichen Änderungsbedarf bewirken.

Im Punkt 2.2.3 sollte weiters in der Wechsellinformation des Netzbetreibers an den neuen Versorger (für den Gasbereich) die Zuordnung zum Bilanzierungsregime enthalten sein (stunden- oder tagesbilanziert).

Zur besseren Übersichtlichkeit sollen die Informationen im Strom- und Gasbereich einheitlich dargestellt werden sowie der Datenbestand der derzeit geltenden Wechselverordnung beibehalten werden.

Zu 2.2.4 „Erhebung eines Einwands aus zivilrechtlichen Gründen“

Änderungsvorschlag:

*„Der aktuelle Lieferant hat die Information, aus welchem Grund ein Einwand erhoben wird,
gleichzeitig an den neuen Lieferanten und den Netzbetreiber mittels standardisierter
Meldung zu übermitteln.“*

Zu 2.2.5 des Anhangs „Abschluss des Wechsels im eigentlichen Sinne“

Der Lieferant kann die Zählerstände nicht plausibilisieren und hat keine Kenntnis über Art des Zählers (Anzahl Stellen, Zählernummer, Anzahl Zählwerke). Daher wird folgende Textänderung vorgeschlagen:

~~Gibt der Endverbraucher den Zählerstand dem Lieferanten bekannt, hat dieser den Zählerstand innerhalb von 2 AT über die Wechselplattform dem NB zu übermitteln“.~~

Zu Punkt 3.1. des Anhangs „Identifikation der Endverbraucheranlage“:

Die manuelle Prüfung durch den Netzbetreiber soll nicht verpflichtend sondern als Möglichkeit (optional) vorgesehen werden, da diese innerhalb der Frist aufgrund des erforderlichen Personalaufwands nicht gewährleistet werden kann. Weiters soll zur Klarstellung auf die beim Netzbetreiber vorhandenen Daten abgestellt werden.

Änderungsvorschlag:

*„Bei nicht identifizierbaren Daten **hat kann** der Netzbetreiber zeitgleich eine standardisierte Meldung „manuelle Prüfung aufgrund nicht identifizierbarer Daten erforderlich“ ~~zu~~ übermitteln und **kann** anschließend zumindest einmalig unter Einbeziehung aller **beim Netzbetreiber aktuell** vorhandenen Daten eine manuelle Suchabfrage innerhalb von 72 Stunden vorzunehmen. Sind nach dieser manuellen Überprüfung die Daten weiterhin nicht identifizierbar, hat dies der Netzbetreiber unverzüglich dem neuen Lieferanten mit standardisierter Meldung „nicht identifizierbare Daten nach manueller Prüfung“ automatisiert mitzuteilen.“*

Zu Punkt 3.2.1 des Anhangs „Fehlende Anmeldung vor der tatsächlichen Netznutzung“:

Um den wirtschaftlichen Nachteil des jeweiligen Lieferanten entsprechend des angewendeten Bilanzierungsverfahrens möglichst gering zu halten, sollte die bisherige Frist von 5 AT nicht auf 15 AT für die Bekanntgabe eines Lieferanten erhöht werden. Schließlich liegt hier ein Versäumnis des Endverbrauchers vor, der ohne Vertragsverhältnis Energie bezieht, und bereits die bisher gültigen 5 AT sind ein Entgegenkommen (mit den vorgeschlagenen 7 AT ab Versenden des Belieferungswunsches in Punkte 3.2.3 ergibt sich eine Maximalfrist von 12 AT von Beginn Antreffen des Kunden bis zur möglichen Abschaltung). Vorgeschlagen wird daher die Frist auf 2 bis 5 Arbeitstage zu begrenzen.

Zu Punkt 3.2.2 des Anhangs „Einleitung durch den Lieferanten“:

Kann die Zuordnung automatisiert erfolgen, ist eine Frist von 24 Stunden ausreichend; die übrigen 72 Stunden sollten daher dem Netzbetreiber für eine (optionale) manuelle Suche zur Verfügung stehen, um die Fälle nicht identifizierbarer Daten möglichst gering zu halten.

Änderungsvorschlag:

*„Der Netzbetreiber hat die durch den neuen Lieferanten angegebenen Daten auf Übereinstimmung mit den ihm vorliegenden Daten auf Vollständigkeit und Verfahrensüberschneidungen zu überprüfen und den neuen Lieferanten mit standardisierter Meldung innerhalb von **24 Stunden bei automatisierter Zuordnung und weitere 72 Stunden bei***

optionaler manueller Identifizierung ~~96 Stunden~~ nach Einleitung der Anmeldung durch den Lieferanten zu informieren.“

Die optionale manuelle Suche ist weiters in der Tabelle unter 3.2.2 aufzunehmen. Die oben vorgeschlagenen Änderungen gelten analog für Punkt 3.3.1 (Seite 16: jeweils für Strom- und Gasbereich statt der 48 Stunden) sowie Punkt 3.3.4 (Seite 18: für Gasbereich statt der 48 Stunden für Anlagen außer Betrieb).

In jenen Fällen, in denen die Anlage in Betrieb ist, soll nunmehr die Möglichkeit zur rückwirkenden Anmeldung ermöglicht werden. Aus Gassicht muss hierbei auf das Gas-Markmodell hingewiesen werden, das grundsätzlich keine rückwirkenden Zuordnungsänderungen zulässt.

Hinsichtlich des Netzzuganges ist eine rückwirkende Anmeldung nur bei Kunden, die nicht vom Verteilergebietsmanager ex-ante zu prüfen sind (SLP-Kunden, die in keiner Engpassregion liegen) möglich. LPZ-Kunden und SLP-Kunden, die in einer Engpassregion liegen, dürfen hingegen nur bei entsprechender Abmeldung (d.h. ohne Kapazitätsänderung) rückwirkend angemeldet werden, da bei diesen Kunden - insbesondere bei Änderung/Erhöhung des Kapazitätsbedarfs - eben vor Gewährung des Netzzuganges eine ex-ante Kapazitätsprüfung durch den Verteilergebietsmanager zu erfolgen hat (vgl. etwa § 27 Abs. 1 GWG 2011 sowie die AB VGM - Netz).

Weiters entsteht bezüglich der SLP-Prognosen das Problem, dass der Verteilergebietsmanager dem Versorger für rückwirkend angemeldete Kunden in dieser Zeit natürlich keine korrekten SLP-Prognosen zukommen lassen kann, wodurch für den Versorger in diesem Zeitraum Kosten in Form von Ausgleichsenergie entstehen können. Das Risiko rückwirkender Anmeldungen kann nicht vom Netzbetreiber sondern muss von den Versorgern getragen werden.

Änderungsvorschlag (für Strom- und Gasbereich):

*„Liegt der zwischen dem Endverbraucher und dem Lieferanten vereinbarte Liefertermin vor der Einleitung der Neuansmeldung, so hat der Lieferant den Netzbetreiber darüber im Wege der Wechsellplattform in Kenntnis zu setzen **und das entsprechende Risiko zu tragen.**“*

Im Gasbereich ist weiters folgende Ergänzung aufzunehmen:

„Im Gasbereich gilt Folgendes: Seitens des Verteilergebietsmanagers ist eine rückwirkende Anmeldung für Endverbrauch mit Lastprofilzählern und für Endverbraucher mit zugeordnetem Standardlastprofil, die sich in einer Engpassregion befinden, nur dann möglich, wenn zuvor eine entsprechende Abmeldung für diesen Zählpunkt erfolgt ist.“

Zu Punkt 3.2.3 des Anhangs „Einleitung durch den Netzbetreiber“

Wie bei Punkt 2.2.3 sollten zur besseren Übersichtlichkeit die Informationen im Strom- und Gasbereich einheitlich dargestellt werden sowie der Datenbestand der derzeit geltenden Wechselverordnung beibehalten werden und daher in der Aufzählung „Beginn und Ende der Abrechnungsperiode“ gestrichen werden (siehe Änderungen im beiliegenden Verordnungsentwurf).

Im letzten Absatz sind die vorgesehenen 15 AT für die Bestätigung des neuen Lieferanten (insbesondere im Gasbereich) jedenfalls zu lang. Es wird daher eine Frist von maximal 7 AT vorgeschlagen, um dem neuen Lieferanten ausreichend Zeit für die erforderlichen Schritte zu geben. Da das Anmeldeverfahren ohnehin die Bestätigung ist, ist keine neue Prozess-erweiterung für den Belieferungswunsch erforderlich.

Änderungsvorschlag:

*„Sowohl für den **Strom-** als auch **Gasbereich** hat der neue Lieferant dem Netzbetreiber innerhalb von ~~45~~ **7** Arbeitstagen nach Einlangen dieser Informationen die Belieferung mit ~~standardisierter Meldung dem Verfahren der Anmeldung~~ **„Belieferung erfolgt“** zu bestätigen und den Endverbraucher darüber zu informieren. Langt keine Bestätigung durch den Lieferanten im Wege der Wechselform innerhalb dieser Frist ein, ist das Verfahren der Anmeldung durch den Netzbetreiber abubrechen. ~~Der Netzbetreiber hat den Endverbraucher unverzüglich in geeigneter Weise über die Nichteinleitung zu informieren.~~“*

Zu Punkt 3.3.4 „Anlage ist außer Betrieb“ und 3.4 „Netzzugangsprüfung im Gasbereich“ des Anhangs:

Punkt 3.3.4 und 3.4 des Anhangs sind entsprechend anzupassen, da gemäß GWG 2011 vor der Gewährung des Netzzugangs durch den Verteilernetzbetreiber eine positive Prüfung und Rückmeldung des Verteilergietsmanagers (VGM) erforderlich ist.

Wie oben zu Punkt 3.2.2 ausgeführt, betrifft dies LPZ-Kunden und SLP-Kunden, die sich in einer Engpassregion befinden. Daher kann in Punkt 3.3.4 nicht generell für SLP-Kunden eine Frist von nur 48 Stunden vorgesehen werden. Unabhängig davon sollte die vorgesehene Frist von 48 Stunden bei Anlagen außer Betrieb - wie zu Punkte 3.2.2 vorgeschlagen - in 24 Stunden bei automatisierter Zuordnung und weitere 72 Stunden für eine optionale manuelle Identifizierung geändert werden, um möglichst viele Identifizierungen zu erreichen.

Des Weiteren ist gemäß Punkt 4.2.1 der geltenden AB VGM-Netz vor der Genehmigung von Netzzugangsansträgen leistungsgemessener Endverbraucher die Zustimmung des VGM einzuholen. Ergeht innerhalb der vorgesehenen Frist nach Übermittlung des Netzzugangs-antrages keine Nachricht des VGM an den Verteilernetzbetreiber ist der entsprechende Prozess vom Verteilernetzbetreiber abubrechen.

Diese Vorgaben sind in der Wechselverordnung (Punkt 3.4) sowie in der Prozessausgestaltung in der technischen Dokumentation zur Wechselverordnung zu berücksichtigen.

Die anteilige Prüffrist des VGM wird in den AB VGM-Netz festgelegt werden. Einhergehend mit der Verlängerung der Neuanmeldungsfrist von 48 auf 96 Stunden soll die Frist für die Netzzugangsprüfung für leistungsgemessene Endverbraucher (sowie SLP-Kunden in Engpassregionen) durch den VGM auf 80 Stunden erweitert werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass § 18 Abs. 1 Z 18 GWG 2011 den VGM berechtigt, die Weiterleitung der Beantwortung von Netzzugangsbegehren an den Verteilernetzbetreiber binnen einer Frist von fünf Tagen (entspricht 120 Stunden) vorzunehmen.

Im Ergebnis schlagen wir daher folgende Ergänzung in Punkt 3.4 des Anhangs vor:

„3.3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen außer Betrieb

*Im Gasbereich gilt für die Rückmeldung für Anlagen außer Betrieb aufgrund einer Netzzugangsprüfung gem. § 28 Abs. 3 Z 9 GWG 2011 eine Frist von höchstens 96 Stunden für bereits hergestellte Netzanschlüsse. Für Endverbraucher mit Standardlastprofil, **ausgenommen in zwischen dem Verteilergebietsmanager und dem betroffenen Netzbetreiber abgestimmten Engpassregionen**, gilt bei außer Betrieb stehenden Anlagen für die Netzzugangsprüfung eine Frist von höchstens **24 Stunden bei automatisierter Zuordnung und weitere 72 Stunden bei optionaler manueller Identifizierung**.*

3.4 Netzzugangsprüfung im Gasbereich für Anlagen in und außer Betrieb

*Mit Einleitung der Anmeldung wird **im Gasbereich** sowohl für Anlagen in Betrieb als auch außer Betrieb auch die Prüfung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gestartet. Der Netzbetreiber hat die Netzzugangsprüfung mit dem Verteilergebietsmanager abzustimmen. **Für leistungsgemessene Endverbraucher und Endverbraucher mit Standardlastprofilen in zwischen dem Verteilergebietsmanager und dem betroffenen Netzbetreiber vereinbarten Engpassregionen ist das Prüfungsergebnis als negativ zu qualifizieren, wenn die Zustimmung des Verteilergebietsmanagers nicht fristgerecht beim Verteilernetzbetreiber eintrifft.** Fällt die Prüfung des Netzzugangs negativ aus, ist die Anmeldung abzubrechen und eine entsprechende standardisierte Meldung an alle Beteiligten zu senden. Nach Beseitigung der Gründe für die Ablehnung gem. § 33 Abs. 1 GWG 2011 kann die Anmeldung neu gestartet werden.“*

Zu Punkt 4.3 „Beendigung des Energieliefervertrages“

Aufgrund der Kündigungsfrist von 14 Tagen wird folgende Anpassung vorgeschlagen:
Wird der Energieliefervertrag aus anderen Gründen als einen Auszug des Endverbrauchers durch den Endverbraucher oder aktuellen Lieferanten beendet, hat der aktuelle Lieferant den Netzbetreiber mit standardisierter Meldung ~~bis 14 Tage vor dem Ende des Energieliefervertrages~~ zu informieren.

Zu Punkt 4.4. des Anhangs „Beendigung des Energielieferungsvertrags“

Da es bei Abmeldung keinen neuen Lieferanten gibt, ist folgender Satz zu streichen:

~~„Wird der Zählpunkt identifiziert, kann der Netzbetreiber gleichzeitig mit dieser standardisierten Meldung auch bei Bedarf weitere Daten an den neuen Lieferanten übermitteln.“~~

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie und ersuchen um deren Berücksichtigung. Wir gehen davon aus, dass über diese Stellungnahme hinausgehende, mündlich in den Gesprächen zum Begutachtungswurf erläuterte, Anpassungsvorschläge ebenfalls in der Wechselverordnung Berücksichtigung finden und verweisen insbesondere auf die Ergebnisse im Gesprächstermin am 12. Mai 2014.

Mit freundlichen Grüßen

DI Dr. Peter Layr
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin